

**Antrag**

Hannover, den 08.05.2018

Fraktion der AfD

**Familiennachzug dauerhaft aussetzen**

Der Landtag wolle beschließen:

**EntschlieÙung**

Ab August dieses Jahres sollen pro Monat maximal 1 000 Angehörige subsidiär geschützter Flüchtlinge nach Deutschland einreisen dürfen. Dabei ist die quantitative Einhaltung dieser Regelung zum einen nicht kontrollierbar, zum anderen kann über die bestehende Härtefallregelung, deren Kriterien nach Belieben interpretier- und auslegbar sind, die Zahl der Zuwanderer zusätzlich unbegrenzt erhöht werden.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung für die dauerhafte Beibehaltung der Aussetzung des Familiennachzugs von subsidiär Schutzberechtigten einzusetzen.

**Begründung**

Wer im Sinne des § 4 Abs. 1 AsylG subsidiären Schutz erhält, hat kein Anrecht auf Asyl, er ist auch kein Flüchtling im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention. Subsidiär Schutzberechtigte dürfen sich in Deutschland nur vorübergehend aufhalten. Sobald ihnen im Herkunftsland kein ernsthafter Schaden mehr droht, sind sie zur Rückkehr in ihr Herkunftsland verpflichtet. Keinesfalls ist der Sinn des Schutzstatus subsidiär Schutzberechtigter eine dauerhafte Einwanderung durch die Hintertür.

Bei den meisten derzeit sich in Deutschland aufhaltenden subsidiär Schutzberechtigten handelt es sich um syrische Staatsbürger. Nach dem militärischen Sieg über den sogenannten Islamischen Staat auf dem Staatsgebiet Syriens wurde das Land weitgehend befriedet. Der Bürgerkrieg steht damit vor seinem Ende und im Land beginnt der Wiederaufbau. Damit entfällt für syrische subsidiär Schutzberechtigte das Aufenthaltsrecht in Deutschland. Die Wiederezusammenführung von Familien hat daher in Syrien zu erfolgen und nicht in Deutschland.

Die von der deutschen Politik fahrlässig geduldete Vorgehensweise vieler Syrer, ein Familienmitglied mit Brückenkopffunktion nach Deutschland zu entsenden, um nach der Anerkennung als Schutzberechtigter weitere Familienmitglieder nach Deutschland nachzuholen, bringt die Sozialsysteme in Deutschland an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit und findet immer weniger Zustimmung in der deutschen Bevölkerung. Nicht unerheblich haben auch die vielen Gewaltstraftaten, insbesondere Messerattacken, die von syrischen Flüchtlingen begangen wurden, dazu beigetragen, dass die Akzeptanz von rechtswidriger und unbegrenzter Zuwanderung in der Bevölkerung stark rückläufig ist.

Klaus Wichmann  
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 09.05.2018)